

II-4843 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2356 7J

1983 -01- 20

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. KOHLMAIER, Dr. TAUS, Dipl. Ing. RIEGLER,  
Dr. SCHÜSSEL, HEINZINGER

und Genossen

an den Bundeskanzler

betreffend die Besteuerung der Sparbücher sowie des Urlaubsgeldes und des Weihnachtsgeldes zur Finanzierung des Konferenzpalastes und anderer Verschwendungsprojekte

Bundeskanzler Dr. Kreisky hat den Österreicherinnen und Österreichern von seinem Erholungsaufenthalt in Mallorca ein saftiges Belastungspaket mitgebracht. Es ist der Schlüsselpunkt hinter 13 Jahre sozialistischer Alleinregierung.

1970 ist die SPÖ mit dem hochgesteckten Ziel angetreten: "Wir bauen das moderne Österreich", heute, nach 13 Jahren legt sie eine deprimierende Bilanz vor:

- o Die Vollbeschäftigung konnte nicht erhalten werden, immer mehr Menschen werden arbeitslos.
- o Die Steuern sind in noch nie erreichte Höhen gestiegen.
- o Die Schulden des Staates sind explodiert und belasten die künftigen Generationen.
- o Die Konkursfälle haben dramatisch zugenommen.
- o Die Finanzierung der Sozial- und Familienpolitik ist mit roten Zahlen konfrontiert.
- o Der Wohnungsneubau ist unzureichend.

- o Viele ältere Mitbürger können sich das Heizen nicht mehr leisten.
- o Die Strukturprobleme großer Regionen unseres Landes sind ungelöst.

Nun sollen die Österreicherinnen und Österreicher massiv zur Kassa gebeten werden.

- Neue Steuer auf das Sparbuch
- Neue Steuer auf das Urlaubsgeld
- Neue Steuer auf das Weihnachtsgeld
- Neue Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages

Ferner soll den Bürgern die Wohnbeihilfe weggenommen und dem Staat zugeführt werden.

Mit den Einnahmen aus diesen Belastungen soll offensichtlich die Verschwendungspolitik der sozialistischen Bundesregierung finanziert werden: Der unnötige Konferenzpalast, das riesige Defizit der Bundesbahnen, die Fehlplanungen beim AKH und die unverständlich hohen Subventionen bei General Motors.

Mit einem Wort: Die Verschwender besteuern die Sparer.

Fast 5.000 Seiten Rechnungshofberichte enthalten massive Kritik an der Verschwendungspolitik der sozialistischen Bundesregierung.

Mit der Besteuerung der Sparbücher, des Urlaubsgeldes und des Weihnachtsgeldes wird kein einziger Arbeitsplatz gesichert.

Denn die geplanten Belastungen der sparfreudigen und leistungsbereiten Bürger unseres Landes sind:

- 3 -

- o unsozial, weil sie vor dem mühsam Ersparten kleiner und kleinster Einkommensbezieher nicht Halt machen und die freie Verfügung über das mühsam erworbene Einkommen drastisch eingeschränkt wird;
- o arbeitsplatzzerstörend, weil den Menschen in Österreich immer weniger Geld bleibt, um die Erzeugnisse der österreichischen Betriebe und ihrer Mitarbeiter zu kaufen;
- o leistungshemmend, weil diese Regelung immer mehr vom ehrlich verdienten Geld wegsteuert.

Die bisherige Vorgangsweise der Regierung, die zu einer tiefen Beunruhigung und Verunsicherung der Bevölkerung geführt hat, ist verworren, unaufrichtig und unklar.

In der mündlichen Fragestunde des Nationalrates konnte der Bundeskanzler keine Auskunft geben über Ausmaß und Auswirkungen des Belastungspakets. Er konnte z.B. keine Antwort geben über die negativen Auswirkungen der Sparsbuchsteuer auf die Ausgleichsrentner, die Prämiensparer oder die Bausparer. Auch in der Dringlichen Anfrage der SPÖ an den Finanzminister blieben viele Fragen offen und traten neue Widersprüche zu Tage.

Angesichts der bisherigen unklaren und widersprüchlichen Äußerungen der Mitglieder der sozialistischen Bundesregierung über die Details des geplanten Mallorca-Pakets und des Rechts der Österreicherinnen und Österreicher Klarheit über die geplanten Belastungen noch vor den Wahlen zu erhalten, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

#### A n f r a g e

- 1) Existiert eine exakte und detaillierte Darstellung der Belastungspläne der sozialistischen Bundesregierung ?

- 2) Wenn ja, sind Sie bereit, diese Darstellung dem Nationalrat unverzüglich zuzuleiten ?
- 3) Wird die Bundesregierung die von Ihnen auf Mallorca angekündigten Belastungen der Österreicherinnen und Österreicher (Besteuerung der Spargbuchzinsen, höhere Besteuerung des Urlaubsgeldes, höhere Besteuerung des Weihnachtsgeldes) noch vor den Nationalratswahlen im April zur Begutachtung aussenden ?
- 4) Falls dies nicht der Fall ist, warum sind Sie nicht bereit, Ihre Absichten der Öffentlichkeit ganz konkret und überprüfbar zu präsentieren ?
- 5) Reichen die Mittel des sogenannten Mallorca-Pakets aus, um den unnötigen Konferenzpalast, die Verschwendung beim AKH und das Bundesbahndefizit zu finanzieren ?
- 6) Wie erklären Sie den Widerspruch, daß einerseits erst kürzlich der Urlaub verlängert wurde und nunmehr andererseits das Urlaubsgeld verstärkt besteuert wird ?
- 7) Wie erklären Sie den Widerspruch, daß einerseits das Bausparen mit einer staatlichen Prämie gefördert und nunmehr auf der anderen Seite vom Finanzminister besteuert wird ?
- 8) Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen dem Wunsch des Finanzministers, einen gut funktionierenden Anleihemarkt aufzubauen und der Verunsicherung der Käufer von Anleihen durch die Ankündigung einer Sondersteuer ?
- 9) Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, möglichst viel inländisches Sparkapital für die Finanzierung des Budgetdefizits aufzubringen und der Besteuerung der Sparer ?
- 10) Wie erklären Sie sich den Widerspruch zwischen dem Wunsch des Staates, die Leistungsbereitschaft seiner Bürger zu fördern und der leistungsfeindlichen Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes ?

- 5 -

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.